

"Griff in die Klamottenkiste der 80er Jahre"

Als "alten Wein aus neuen Schläuchen" hat die Grünen-Parteivorsitzende Angelika Beer das Thesenpapier von Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) gegen die Abschaffung der Wehrpflicht bezeichnet. Kritik kam auch vom Sicherheitspolitischen Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion, Winfried Nachtwei.

Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Wehrpflicht innerhalb der rot-grünen Koalition spitzt sich zu. Nachdem Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) ein Thesenpapier an die Adresse der SPD-Abgeordneten gerichtet hat, indem er sich klar für die Beibehaltung der neunmonatigen Wehrpflicht bis zum Ende der Legislaturperiode ausspricht, wurde seine Position sowohl von der Grünen Parteivorsitzenden Angelika Beer als auch vom Sicherheitspolitischen Sprecher der Grünen, Winfried Nachtwei, scharf kritisiert. Strucks Papier erscheine "wie eine Verzweiflungstat, die von ihm erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien mit einem Griff in die Klamottenkiste der 80er Jahre zu verknüpfen", sagte Beer.

In dem Papier an seine Genossen Abgeordneten warnt Struck vor "schwerwiegenden Konsequenzen" im Falle einer Abschaffung der Wehrpflicht und einer damit einhergehenden Reduzierung des Truppenumfangs. Der Umfang der Streitkräfte würde sich dann, so Struck, auf eine etwa 200 000 Mann starke Freiwilligenarmee mit "einsatzuntauglicher Struktur" reduzieren. Einsätze wie bei der Oderflut im Jahre 1997 oder dem Sommer-Hochwasser 2002 könnten so nicht mehr gewährleistet werden. Auch vor einem Verlust der Bündnisfähigkeit in NATO und EU wird gewarnt. Für Beer spricht aus dieser Argumentationslinie der Versuch, "die SPD-Fraktion auf Dogmen einzuschwören". Wichtige politische und gesellschaftliche Diskussion würden so verhindert. Sie nannte Stichworte wie die "zunehmende Wehrungerechtigkeit" und "europäische Synergieeffekte".

Tatsächlich ist im Koalitionsvertrag festgelegt, die Zukunft der Wehrpflicht innerhalb der Koalition zu diskutieren. Während die Grünen geschlossen für eine Abschaffung sind, gibt es in der SPD sowohl Gegner als auch Befürworter einer Berufsarmee. Winfried Nachtwei sagte gegenüber der Berliner Zeitung, der Ansicht Strucks seien nicht einmal alle SPD-Minister im Bundeskabinett. Wenn Struck nun die Dauer des Wehrdienstes bis zum Ende der Legislaturperiode nicht verändern wolle, dann formuliere der Minister nur "seinen Wunsch und seinen Willen", so Nachtwei.